



Ausschuss für Kommunalpolitik

67. Sitzung (öffentlich)

19. September 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:40 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	9
1 Perspektiven für den kommunalen Wirtschaftswegebau schaffen!	10
Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und des Abgeordneten Robert Stein (fraktionslos) Drucksache 16/5964	
Stellungnahme 16/1974 Stellungnahme 16/2052 Stellungnahme 16/2055 Stellungnahme 16/2058 Stellungnahme 16/2061 Stellungnahme 16/2075	
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -	

Nach kurzer Aussprache wird der Antrag der CDU mit den Stimmen SPD, GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt.

2 Der Bund darf sich nicht auf Kosten der Kommunen bereichern - Abschöpfungseffekte bei der Eingliederungshilfe stoppen 12

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4818

Stellungnahme 16/2047
Stellungnahme 16/2073
Stellungnahme 16/2083

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -

Nach kurzer Debatte lehnt der Ausschuss den Antrag der FDP mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Stimmen von CDU und PIRATEN ab.

3 Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherheit der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3388

Ausschussprotokoll 16/319

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -

In Verbindung mit:

Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen und nach § 92 SGB XI (APG DVO NRW)

Vorlage 16/1795
Vorlage 16/2165

Ausschussprotokoll 16/539

Und:

Überarbeiteter Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Wohn- und Teilhabegesetzes (Wohn- und Teilhabegesetz-Durchführungsverordnung - WTG DVO)

Vorlage 16/2166

Der Ausschuss kommt nach kontroverser Verfahrensdebatte überein, die abschließende Beratung zusammen mit dem federführenden AGS am Mittwoch, dem 24. September 2014 zu führen.

4 Die Landesregierung muss zugunsten der Kommunen für Verteilungsgerechtigkeit bei der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft sorgen

18

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5445

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -

In Verbindung mit:

Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB II NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6636

Und:

Kommunalscharfe Abrechnung des BuT - Sachstandsbericht

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2208

Der Antrag der CDU Drucksache 16/5445 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN abgelehnt.

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich an der geplanten Anhörung des federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/6636 pflichtig zu beteiligen.

Der sich ebenfalls mit dem oben genannten Thema befas-
sende Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/4158
„Landesregierung muss für kommunale Verteilungsgerech-
tigkeit bei den Bundesmitteln des Bildungs- und Teilhabepa-
kets sorgen“ wird erneut geschoben.

5 Gesetz zur Änderung des Besoldungs- und Versorgungsanpas- 21
sungsgesetzes 2013/2014 Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6688

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich an der
Anhörung am 21. Oktober 2014 pflichtig zu beteiligen und die
abschließende Beratung am 24. Oktober 2014 durchzuführen.

6 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein- 22
Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushalts-
jahr 2015 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 - GFG 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6502

In Verbindung mit:

7 Steuererhöhungsspirale der Kommunalsteuern beenden - fiktive He- 7
besätze im kommunalen Finanzausgleich langfristig absenken!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6684

Und:

8 Auswirkungen der Bevölkerungsschrumpfung abdämpfen - Demo- 8
grafieansatz im GFG stärken

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6685

Sowie:

10 Finanzielle Hilfen für die unwettergeschädigten Gemeinden, Städte und Kreise auf den Weg bringen - Soforthilfe und Unwetterfonds partnerschaftlich zwischen Land und Kommunen umsetzen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6632

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/6743

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung zum GFG 2015 am 24. Oktober 2014 durchzuführen. Die Beratung über die Beschlussempfehlungen zu den Punkten 7 bis 8 und 10 bleibt bis zur abschließenden Beratung über das GFG zurückgestellt.

9 "Schwarze Kasse" des Innenministeriums zur Bewältigung des kommunalen Problems der Krankheitskosten für Asylbewerber nutzen

24

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6686

Die CDU-Fraktion beantragt eine Anhörung zu dem Tagesordnungspunkt. In der Runde der PGs soll geklärt werden, ob der AKo sich ersatzweise mit diesem Thema an der durch den Innenausschuss geplanten Hinzuziehung von Sachverständigen beteiligen kann.

11 Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen (Kulturfördergesetz NRW)

25

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6637

Der Ausschuss kommt überein, sich an der geplanten Anhörung des federführenden Ausschusses für Kultur und Medien am 20. Oktober pflichtig zu beteiligen.

12 Gesetz zur Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlüAG) 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6689

In Verbindung mit:

Flüchtlingen helfen, Kommunen entlasten, Verfahren straffen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6679

Und:

Steigende Flüchtlingszahlen - Bleiben Forderungen nach stärkerer Unterstützung der Kommunen ungehört?

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2207

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Sitzung des federführenden Innenausschuss am 23. Oktober 2014 unter dem TOP zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung nachrichtlich zu beteiligen.

An der geplanten Anhörung im Integrationsausschuss zum FDP-Antrag will sich der Ausschuss ebenfalls nachrichtlich beteiligen.

13 Planungssicherheit für die Kommunen schaffen - Wann legt die Landesregierung die Modellrechnung zu den "Inklusionszuweisungen" vor? 34

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2201

Mit wenigen Nachfragen nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

14.1 Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes 35

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/6088

**14.2 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Justiz-
gesetzes NRW und zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften 35**

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/6089

14.3 Geplante Auslandsreise des Ausschusses in 2015 35

* * *

14 Verschiedenes

14.1 Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/6088

Vorsitzender Christian Dahm teilt mit, dass der federführende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zwischenzeitlich darüber informiert habe, dass die Anhörung von Sachverständigen hierzu am 22. Oktober 2014 um 17:30 Uhr stattfindet. Der AKo habe sich bereits am 29. August 2014 auf eine pflichtige Beteiligung verständigt.

14.2 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Justizgesetzes NRW und zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/6089

Vorsitzender Christian Dahm informiert, dass der federführende Innenausschuss gestern mitgeteilt habe, dass die Anhörung am 4. November 2014 um 14 Uhr stattfinden werde, an der sich der Ausschuss wie verabredet pflichtig beteiligen werde.

Der Innenausschuss habe ferner beschlossen, seine Beratungen zum Gesetzentwurf am 20. November abschließen zu wollen, also vor der Beratung des AKo am 24. November 2014. Er rege daher an, dass sich der AKo in Fraktionsstärke an der Schluss-sitzung im federführenden Ausschuss bestelle. - Dem folgt der **Ausschuss**.

14.3 Geplante Auslandsreise des Ausschusses in 2015

Vorsitzender Christian Dahm teilt hierzu mit, dass er zu der am 27. Juni 2014 beschlossenen Ausschussreise mittlerweile ein Votum des Auswärtigen Amtes eingeholt habe. Das habe davon abgeraten im geplanten Reisezeitraum die Reise durchzuführen, weil dann wohl keine Gesprächspartner zur Verfügung stünden, da diese zeitgleich an einem anderen Ort tagten. Man versuche nun, einen anderen Zeitraum zu finden und werde den Ausschuss über einen neuen Reisezeitraum entsprechend informieren und dann darüber abstimmen müssen.

gez. Christian Dahm

Vorsitzender

3 Anlagen

20.10.2014/21.10.2014/160

